

Berlin, 30.06.2020

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Digitale Lernmittelfreiheit für alle – damit es jedes Kind in der Schule packt

Durch die Zeit des Homeschoolings während der Corona-Pandemie hat digital unterstütztes Lernen eine neue Bedeutung erhalten. Ohne viel Vorbereitungszeit mussten sich Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler wie auch Erziehungsberechtigte dem Fernunterricht stellen. Entstanden sind innovative Lernkonzepte, einige digitale Vorreiterschulen haben gezeigt, dass der Fernunterricht in Echtzeit funktionieren kann. Doch wir mussten auch vielerorts feststellen, dass die Digitalisierung in unseren Schulen noch am Anfang steht. Familien wie auch Lehrkräfte kommen durch Unterrichtssituationen zu Hause an ihre Belastungsgrenze. Dies gilt verstärkt für Familien mit behinderten Kindern, die in einem erhöhten Maße auf Hilfestellung und feste Strukturen im Tagesablauf angewiesen sind und angesichts der pandemischen Lage ohne die gewohnte Unterstützung von außen den Schulalltag realisieren müssen und sich hier überfordert fühlen, den persönlichen und schulischen Bedarfen gerecht zu werden. Es rächt sich jetzt umso mehr, dass der *Digital-Pakt Schule* so viele Jahre verschleppt wurde. Wertvolle Zeit wurde leichtsinnig verspielt.

Auch wenn Schulen jetzt bundesweit den Präsenzunterricht schrittweise wieder einführen, wird es wichtig sein, die digitalen Errungenschaften der letzten Monate in den Schulalltag von morgen zu integrieren. Die Verzahnung von Online- und Präsenzunterricht ist dabei ein entscheidender Faktor, um eine nachhaltige und zeitgemäße Schulbildung in den nächsten Monaten und Jahren zu unterstützen. Hierzu will die SPD-Bundestagsfraktion politische Impulse setzen, um dieses Zusammenwirken in Zeiten der Corona-Pandemie und darüber hinaus sozial gerecht voranzutreiben. Wir wissen, dass die Digitalisierung in den Schulen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine dauerhafte Aufgabe ist. Unser Ziel ist hierbei die digitale Lernmittelfreiheit für alle.

Sozialen Ausgleich schaffen. Digitale Spaltung überwinden.

Die Schule ist ein Ort des gemeinsamen Lernens. Fällt dieser weg, trifft das Kinder und Jugendliche, die zu Hause nicht die technische, emotionale oder fachliche Unterstützung bekommen können, besonders hart. Alle, denen in der Corona-Krise der Lernort Schule ersatzlos weggebrochen ist, brauchen jetzt ganz gezielt Unterstützung. Das 500 Millionen Sofortausstattungsprogramm zur Anschaffung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler ist dabei ein zentraler Schritt, den die SPD in der Koalition durchgesetzt hat. Es ermöglicht vielen Kindern künftig allen am digitalen Unterricht teilnehmen zu können.

1. Mit jedem Tag Abstand zur Schule können aber bereits enorme Lernrückstände entstanden sein, gerade bei Jugendlichen aus sozial schwachen Familien oder mit besonderem Förderbedarf. Dem sollte mit gezielten Förderprogrammen entgegengewirkt werden. Es braucht Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die helfen das Verpasste nachzuholen. Gerade innovative Bildungsprogramme können hier wertvolle Arbeit leisten. Um vorhandene Strukturen in diesem Bereich zu stärken und neue aufzubauen, wollen wir, dass das Bundesbildungsministerium ein neues Förderprogramm auflegt, das zum Ziel hat, die digitale Spaltung an Schulen zu überwinden.
2. Zudem hat nicht zuletzt die Corona-Krise gezeigt, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter nicht weiter verzögert werden darf. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für jedes Grundschulkind muss ab 2025 kommen. Wir begrüßen deshalb, dass Länder, die Mittel für Investitionen in den Jahren 2020 und 2021 abrufen, eine entsprechende Summe in den späteren Jahren der Laufzeit zusätzlich erhalten sollen. Wir wollen zudem, dass die bestehenden Überlegungen des Bundes und der Länder zu Ganztagsangeboten, um Aspekte der digitalen Infrastruktur ergänzt werden.

3. Falls sich der Mittelabfluss beim *DigitalPakt Schule* durch die Corona-Pandemie endlich dynamisiert, wollen wir, dass die Mittel des *DigitalPakts Schule* vorzeitig verfügbar gemacht werden. Unser Anteil am BIP für Bildung ist mit ca. 4,2 Prozent international immer noch unterdurchschnittlich und hat in den letzten Jahren sogar stagniert. Wir wollen, dass sich das ändert. Umso erfreulicher ist es, dass der Katalog der förderfähigen Investitionen durch den *DigitalPakt Schule* erweitert wird, damit alle Schulen in die Lage versetzt werden, Präsenzunterricht in der Schule und E-Learning zu Hause miteinander zu verbinden.

Lehrerinnen und Lehrer entlasten. Digitalen Unterricht stärken.

Eine gute digitale Ausstattung der Lehrkräfte ist für den digital unterstützten Unterricht zwingend erforderlich. Die Corona-Krise hat gezeigt: viele Lehrerinnen und Lehrer greifen noch auf ihre privaten Laptops oder Tablets zurück. Wir wollen ihnen bessere Lösungen anbieten. Die Nutzung privater Endgeräte ist nicht nur datenschutzrechtlich problematisch, sie wird auch der Bedeutung des digitalen Lehrens und Lernens nicht gerecht, wenn dies immer mehr den Präsenzunterricht ablöst.

4. Wir wollen deshalb, dass die digitale Arbeitsausstattung als Selbstverständlichkeit auf jedem Pult bereitsteht. Im *DigitalPakt Schule* werden bereits 5,5 Milliarden Euro für die digitale Ausstattung der Schulen bereitgestellt. Es gilt jetzt vom Bundesbildungsministerium mit den Ländern schnell und unbürokratisch Wege zu erarbeiten, wie diese Mittel in die Schulen auch für eine zeitgemäße Ausstattung der Lehrkräfte, die sich auch an den behinderungsbedingten Bedarfen orientiert, genutzt werden können. Gerade deshalb ist es auch ein zentraler Schritt, dass der Katalog der förderfähigen Investitionen durch den *DigitalPakt Schule* erweitert werden soll, damit die Verzahnung von digitalem Lernen und Präsenzunterricht verbessert wird.
5. Zudem dürfen Lehrerinnen und Lehrer nicht länger mit technischen Herausforderungen im Schulalltag alleine gelassen werden. Damit diese künftig bei der Beschaffung, Wartung, Pflege und Einführung von Software nicht mehr auf sich alleine gestellt sind, fordern wir die Ausbildung und den Einsatz von Bildungstechnologinnen und -technologern. Mit technischer und medienpädagogischer Expertise können sie unsere Schulen fit für den digitalen Schulalltag machen. Analog der Stärkung der Schulsozialarbeit an Schulen von Bund und Ländern in 2011 sollten diese Expertinnen und Experten schnell ihren Weg an die Schulen finden. Die Länder werden angehalten, flächendeckend Ausbildungslehrgänge oder Studiengänge zu entwickeln, die dieses Aufgabenprofil abbilden. Wir begrüßen entsprechend, dass der Bund sich in Zukunft pauschaliert bei der Ausbildung und Finanzierung von Administratorinnen und Administratoren beteiligen wird, wenn die Länder im Gegenzug die digitale Weiterbildung der Lehrkräfte verstärken.
6. Klar ist darüber hinaus, dass das Zeitalter der Digitalisierung auch das Zeitalter der Aus- und Weiterbildung werden muss. Hierzu ist zunächst in einem ersten Schritt eine Bestandsanalyse der bestehenden Weiterbildungsangebote nötig. Kurzfristig sind dann in einem zweiten Schritt alle Formen von Weiterbildungen für Lehrkräfte zu unterstützen, die für sich einen Bedarf sehen. Der Fokus dieser Schulungsangebote sollte insbesondere auf den didaktischen und medienpädagogischen Einsatz digitaler Lehr-Lernmedien liegen und darf nicht am pädagogischen Konzept der Schule vorbei gehen. Wir wollen deshalb von Bundesseite jede Lehrerin und jeden Lehrer mit einem Weiterbildungsbudget von 300 Euro ausstatten. Einen entsprechenden Länderanteil soll dieses Weiterbildungsbudget ergänzen, welches den Schulträgern bzw. den Schulen zugewiesen werden soll, die dann nach den Bedarfen vor Ort zielgenaue Unterstützungsangebote aufzeigen können.
7. Die Lehramtsausbildung sollte zukünftig Medienbildung und Medienkompetenzen weiterhin verstärkt in den Blick nehmen. Sie ist in Theorie und Praxis daraufhin auszubauen. Dies muss sich auch in einer entsprechenden Ausstattung und Seminarangeboten der Hochschulen widerspiegeln. Gleichzeitig dürfen auch die künstlerischen Schulfächer nicht außer Acht gelassen werden. So sollte

auch in diesen Fächern, die einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern haben, Filmbildung, Medienbildung und Medienkompetenz umfänglich integriert werden. Die kulturelle und mediale Bildung hat große Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Mit der Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung hat das Bundesbildungsministerium hier das entsprechende Instrument zur Flankierung dieser zentralen Aufgabe in der Hand. Ferner müssen die Länder dafür sorgen, dass in den Studienseminaren in der praktischen Ausbildung nach dem Studium jede angehende Lehrkraft ein Höchstmaß an praktischer Umsetzung vermittelt bekommt. Dies gilt auch für das Unterrichten nach den Bedingungen der Inklusion. Weiterbildungsstudiengänge mit medienpädagogischen Schwerpunkten, die auf die Lehramtsausbildung draufgesetzt werden können, sollten ebenfalls bundesweit ausgebaut werden.

8. Die Corona-Pandemie wird den Fachkräftemangel an unseren Schulen noch weiter verschärfen. Lehrkräfte, die der Risikogruppe angehören, werden bis zur flächendeckenden Bereitstellung eines Impfstoffs auch weiterhin vor Ort fehlen. Besonders die Hygienevorschriften in den Schulen erfordern aber auch mehr Personal. Lehramtsstudierende sollten deshalb wie auch im medizinischen Bereich die Möglichkeit erhalten, kurzfristig in der Corona-Krise das bestehende Schulpersonal zu unterstützen. Sie könnten Lehrkräfte aus der Risikogruppe vor Ort vertreten und gleichzeitig wertvolle Praxiserfahrungen sammeln.

Digitales Lehr-Lernmaterial startklar machen. Schulinhalte stärken.

Unser Ziel ist es, dass digitale Bildungsinhalte frei und barrierefrei zugänglich und in neuen Kontexten wiederverwertbar sind. Open Educational Resources, kurz OER, sind beim digitalen Lernen essenziell. Gerade Schülerinnen und Schüler aus Risikogruppen sind auf gute OER-Materialien angewiesen, wenn ihnen ein physischer Zugang zur Schule nicht möglich ist. Bei der Erstellung dieser Materialien, die bislang von engagierten Initiativen vorangetrieben wurden, bedarf es mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Die SPD nimmt dabei bewusst die Perspektive von Lehrerinnen und Lehrern in den Mittelpunkt, die im Alltag digital unterstütztes Lernen für ihre Schülerinnen und Schüler organisieren, und nicht die Schaffung neuer Großstrukturen, die lange Vermittlungszeiten in die schulische Praxis haben.

9. Um die Entwicklung von digitalen Lehr- und Lernmaterialien schneller voranzutreiben, hat der Bund bereits 100 Millionen Euro aus dem *DigitalPakt Schule* vorzeitig zur Verfügung gestellt und so – zunächst befristet bis Jahresende – Investitionen in Bildungsinhalte ermöglicht. Wir fordern diese Ausweitung des Förderbereichs auch für die restliche Laufzeit des *DigitalPakts Schule* beizubehalten. Denn es braucht für alle Fächer und alle Schul- und Jahrgangsformen mehr freie und barrierefreie digitale Unterrichtsmaterialienbausteine aus vielen verschiedenen Medien (z.B. Lernpodcasts, Spiele, Simulationen, Videos), die von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern rechtsicher genutzt und weitergegeben werden können. Wir begrüßen deshalb auch, dass der Katalog der förderfähigen Investitionen durch den *DigitalPakt Schule* erweitert werden soll, damit alle Schulen in die Lage versetzt werden, Präsenzunterricht in der Schule und E-Learning zu Hause miteinander zu verbinden.
10. Neben der Entwicklung neuer digitaler Lerninhalte sollte der *DigitalPakt Schule* dahingehend weiterentwickelt werden, dass vor allem auch Online-Lernplattformen oder die Einbindung von Drittquellen (z.B. in Form von Lizenzen) schnell vorangebracht werden können. Denn die von Bund und Ländern für Schulen zur Verfügung gestellten Online-Lernplattformen dürfen keine einmalige Corona-Investition bleiben. Schulen und deren Lehrkräfte müssen dauerhaft Zugang zu datenschutzkonformen Lernplattformen haben. Hierbei wird es ebenso darauf ankommen, dass die bereits bestehenden unterschiedlichen Lernsysteme sinnvoll miteinander verbunden werden (Interoperabilität).

11. Es wird zur Stärkung digitaler Bildungsinhalte höchste Zeit, dass das Bundesbildungsministerium seine angekündigte Open Educational Resources-Strategie vorlegt. Die Strategie sollte aus unserer Sicht hierbei vier Aspekte adressieren: erstens die gezielte Förderung von freien qualitativ hochwertigen Lernmaterialien, zweitens der Austausch von best-practice-Beispielen zum Ausbau von Synergien, drittens die Entwicklung von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten für Lehrkräfte, die zur didaktisch fundierten Nutzung und Weiterverwendung von OER Hilfestellung bieten und viertens der Aufbau von Strukturen, die zur besseren Vernetzung und Auffindbarkeit vorhandener Materialien führen. Die hierzu geplanten neun Millionen Euro von Bundesbildungsministerium sollten aus unserer Sicht mindestens verdoppelt werden.
12. Gleichzeitig muss die Medienkompetenz in allen Fächern der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden, damit diese auch befähigt werden mit digitalem Unterricht umzugehen. Hierzu hat die KMK sich im Rahmen ihrer Strategie zur „Bildung in der digitalen Welt“ bereits auf einen gemeinsamen Rahmen verständigt. Dazu gehört aus unserer Sicht auch der Ausbau des Informatikunterrichts an Schulen beginnend spätestens an weiterführenden Schulen. Hier sind alle Beteiligten dafür zu sensibilisieren, nur zertifizierte Software zu nutzen. Die Sicherheitsstandards des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik sind hier zu beachten.
13. Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen schaffen digitale Medien neue Zugänge und Potenziale der schulischen Teilhabe; bei bestehender Heterogenität an den Bildungseinrichtungen kann fehlende professionelle Begleitung jedoch auch schnell zu einer Abkopplung und zu einem Ausschluss von Personen führen. Daher ist es unabdingbar, Kompetenzen individuell und bedarfsorientiert zu fördern und Unterstützungssysteme zu entwickeln, die eine chancengleiche Mediennutzung ermöglichen. Neben individuellem persönlichen Betreuungsbedarf müssen auch die digitalen Technologien sich an bestehenden Beeinträchtigungen ausrichten, um Barrierefreiheit zu gewährleisten. Hier gilt es, Vorlese- und Assistenzsysteme in den Blick zu nehmen, Gebärdensprachdolmetschung einzubeziehen und die Lerninhalte digital auch in einfacher oder leichter Sprache zur Verfügung zu stellen.

Digitales Bildungssystem. Ein lernendes System.

Die Schaffung eines um die digitale Ebene erweiterten Bildungssystems in Deutschland ist und bleibt eine Daueraufgabe. Wir stehen hier am Anfang, umso wichtiger ist es, dass wir ein lernendes System aufbauen, in welchem Entscheidungen und eingeschlagene Wege immer wieder auf den Prüfstand gestellt und verändert werden können.

14. Die Länder sollen die in der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ formulierten Regeln und das Verständnis von digital unterstütztem Unterricht umsetzen. Flankierend dazu wollen wir, dass die Begleitforschung zur Bildung im digitalen Zeitalter stark ausgebaut wird. Dabei sollen vor allem die Erfahrungen von Erziehungsberechtigten, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften genutzt werden. So schwer diese neue Situation des kombinierten Online- und Präsenzunterricht für alle ist, sie bietet auch eine gute Gelegenheit, frühzeitig zu evaluieren und gegenzusteuern. Wir fordern daher das Bundesbildungsministerium dazu auf, ein entsprechendes Forschungsprogramm zeitnah aufzulegen.
15. Es gibt schon heute viele gute best-practice-Beispiele: von Lehrkräften, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler. Dass diese nur schlecht für alle nutzbar gemacht werden können, liegt auch daran, dass die einzelnen Bildungssysteme der Länder zu wenig miteinander kooperieren. Deshalb fordern wir weiterhin Bund und Länder auf an einem kooperativen Bildungsföderalismus zu arbeiten. Der Nationale Bildungsrat ist gescheitert. Das Bundesbildungsministerium ist aufgefordert eine führende koordinierende Rolle einzunehmen, um an einem kooperativen Bildungsföderalismus in Deutschland zu arbeiten.